



Bundestagswahl 2013

Wahlrecht ist Menschenrecht



Wie es ist:

- 82 Millionen Einwohner/innen, davon etwa 16 Millionen mit Migrationshintergrund
- 7 Millionen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit
- Davon:

2,5 Millionen Unionsbürger/innen

- Stimmrecht bei kommunalen Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden
- Kommunales Wahlrecht
- Wahlrecht bei Wahlen zum Europäischen Parlament
- Kein Wahlrecht im Land und im Bund
- Kein Stimmrecht bei Volksbegehren und Volksentscheiden

4,5 Millionen Drittstaater/innen

- **Kein** Stimmrecht bei kommunalen Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden
- **Kein** kommunales Wahlrecht
- **Kein** Wahlrecht bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen
- **Kein** Stimmrecht bei Volksbegehren und Volksentscheiden

Am 22. September 2013 findet die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag statt; im Bundesgebiet sind etwa 61,8 Millionen Deutsche wahlberechtigt – davon haben 5,6 Millionen Migrationshintergrund. Das entspricht 9 Prozent aller Wahlberechtigten und damit wahrscheinlich mehr als bei jeder vorherigen Bundestagswahl. 2,6 Millionen sind Spätaussiedler, 2,1 Millionen eingebürgerte Zuwanderer. Wir empfehlen allen Menschen mit Migrationshintergrund die wählen dürfen, zur Wahl zu gehen und so ihren demokratischen Rechte wahrzunehmen.

Ein Tipp: Schaut Euch vorher genau die Wahlprogramme der Parteien an. Überprüft ob und wie sich die einzelnen Parteien für Menschen mit Migrationshintergrund einsetzen wollen.

Menschen die schon sehr lange in Deutschland leben, aber keinen deutschen Pass besitzen und auch nicht doppelte Staatsbürgerschaft haben, sind nicht wahlberechtigt.

Warum es nicht so bleiben kann:

Es ist ein **Verstoß gegen den Artikel 21** in der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: Jeder hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken.

Es ist ein **Verstoß gegen das Demokratieprinzip**: Es besteht eine weitgehende Kongruenz zwischen den Inhabern demokratischer politischer Rechte und den dauerhaft einer bestimmten staatlichen Herrschaft Unterworfenen. Etwa die Hälfte der 7 Millionen Menschen ohne deutschen Pass lebt seit mehr als 15 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland.

Letztendlich gefährdet diese Ungleichbehandlung den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir fordern eine Vereinfachung des Staatsbürgerschaftsrechts und eine Abschaffung der Optionspflicht.

Wider der Optionspflicht

Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 2000 erhalten in Deutschland geborene Kinder nichtdeutscher Eltern mit der Geburt neben der Staatsangehörigkeit der Eltern automatisch die deutsche, wenn ein Elternteil seit mehr als acht Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt. Wenn die Jugendliche volljährig werden, müssen sie sich zwischen der/den Staatsangehörigkeit/en ihrer Eltern und der deutschen Staatsangehörigkeit entscheiden – das ist die so genannte Optionspflicht.

18 Jahre lang bin ich also deutsch und auf einmal flattert mir ein Brief nach Hause, in dem drin steht: Sorry, aber jetzt musst du dich entscheiden was du bist und ob du zu „uns“ oder zu den „anderen“ gehören willst.

Es gibt schon Mehrstaatigkeit in Deutschland und trotzdem werden nicht alle Kinder in Deutschland diesbezüglich gleich behandelt. Das Kind eines/einer Deutschen und eines/einer ausländischen Staatsangehörigen hat von Geburt an die Mehrstaatigkeit. Die Optionspflicht spielt hier keine Rolle mehr.

Aber bei einem Kind von Eltern z.B. mit einer Staatsangehörigkeit der Europäischen Union greift die Optionspflicht. Dort muss ein rechtzeitiger Antrag auf Beibehaltung ausgefüllt werden, der in der Regel zur dauerhaften Mehrstaatigkeit führt.

Bei Kindern von Drittstaatern besteht die Optionspflicht. Ein rechtzeitiger Antrag auf Beibehaltung führt nur in Ausnahmefällen zu einer dauerhaften Mehrstaatigkeit.

Diese Differenzierung der Kinder und Jugendlichen nach den jeweiligen Herkunftsländer ihrer Eltern ist ungerecht, integrationspolitisch kontraproduktiv und respektlos. Deshalb fordert die IG Metall die ersatzlose Streichung des Optionszwangs aus dem Staatsangehörigkeitsrecht und eine dauerhafte Hinnahme der mit Geburt erworbenen Mehrstaatigkeit.



Jordana Vogiatzi
Pressesprecherin
IG Metall Stuttgart

Respekt bei Bosch in Schwieberdingen

Kein Platz für Rassismus



Am 27. November 2012 wurden der Schirmfrau und ehemaligen Fußballnationalspielerin Sandra Minnert zwei Bosch Hammer überreicht, um die Schilder, „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ bei Bosch in Schwieberdingen und weiteren Bosch-Standorten bzw. Firmen anbringen zu können.

Sandra Minnert wurde vom Betriebsrat, der Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie den IG Metall-Vertrauensleuten zur Betriebsversammlung eingeladen um die Kampagne hier am Standort publik zu machen.

Mehr als 5500 Beschäftigte allein am Standort Schwieberdingen tragen trotz unterschiedlichster Religionszugehörigkeit, sexueller Orientierung, Herkunft, Behinderungen und persönlicher Ansichten zum Erfolg des Unternehmens Bosch über Ländergrenzen hinweg bei. Dies war für alle Beteiligten ein Grund, öffentlichkeitswirksam klar zu machen, dass es bei uns zwar keinen offenen Rassismus gibt jedoch das genaue Gegenteil davon! Den respektvollen Umgang aller Mitarbeiter/-innen untereinander.

Alfred Löckle, Vorsitzender des Gesamt- und Konzernbetriebsrats, hat sich dafür eingesetzt, die Kampagne Respekt an vielen Bosch Standorten publik zu machen. Auch die Geschäftsführung wurde davon überzeugt.

Um die Schilder bei Bosch und anderen Firmen in der Republik anbringen zu können, wurde von Bosch ein Akku betriebener Bohrhammer gespendet. Da allerdings nicht nur Sandra Minnert für die Kampagne wirbt, sondern noch viele weitere Prominente aus Sport, Politik und Fernsehen, hat die IG-Metall, ebenfalls Unterstützer der Initiative, einen zweiten Bosch Hammer gesponsert.

Beide Werkzeuge wurden auf der Betriebsversammlung vom Betriebsrat und der Vertrauenskörperleitung übereicht. Im Anschluss wurde dann gemeinsam mit Vertrauensleuten, Betriebsräten, Jugend- und Auszubildendenvertretern, Standortleitung, Personalabteilung, der Schwerbehindertenvertretung sowie Sandra Minnert das erste Schild der Kampagne Respekt am Tor 4 angebracht.

In unserer Gesellschaft und im Arbeitsleben werden Menschen aus unterschiedlichsten Gründen benachteiligt. Auf betrieblicher Ebene nehmen wir uns solchen Problemen an. Respekt heißt für uns, dass z.B. unabhängig vom Geschlecht, der Qualifizierung oder ethnischen Herkunft, für die gleiche Arbeit auch dasselbe Entgelt bezahlt wird.

Hier setzt die Arbeit der Interessensvertreter an. Wir machen auf Missstände aufmerksam und wirken auf deren Beseitigung hin.

„Es tut mir leid, aber ich möchte nunmal kein Herrscher der Welt sein, das liegt mir nicht! Ich möchte weder herrschen noch irgendwen erobern, sondern jedem Menschen helfen, wo immer ich kann! Den Juden, den Heiden, den Farbigen, den Weissen!

Jeder Mensch sollte dem Anderen helfen, nur so verbessern wir die Welt! Wir sollten am Glück des Anderen teilhaben und nicht einander verabscheuen! Hass und Verachtung bringen uns niemals näher! Auf dieser Welt ist Platz genug für jeden und Mutter Erde ist reich genug um jeden von uns satt zu machen!

Das Leben kann ja so erfreulich und wunderbar sein, wir müssen es nur wieder zu leben lernen. Die Habgier hat das Gute im Menschen verschüttet und Missgunst hat die Seelen vergiftet und uns im Parade-schritt zu Verderb und Blutschuld geführt. Wir haben die Geschwindigkeit entwickelt, aber innerlich sind wir stehen geblieben. Wir lassen Maschinen für uns arbeiten und sie denken auch für uns. Die Klugheit hat uns hochmütig werden lassen und unser Wissen kalt und hart, wir sprechen zu viel und fühlen zu wenig, aber zuerst kommt die Menschlichkeit und dann die Maschinen! Vor Klugheit und Wissen kommt Toleranz und Güte! Ohne Menschlichkeit und Nächstenliebe ist unser dasein nicht lebenswert!“

Auszüge aus Charles Chaplins Rede in seinem Film „Der Große Diktator“.